

ANTRAG 08:

**NICHTS HINNEHMEN, NICHT
WEGSEHEN - ANTISEMITISMUS
ENDLICH ENTSCHLOSSEN
BEKÄMPFEN**

**BESCHLUSS DER CDU-FRAKTION BERLIN
FREITAG, 13.04.2018**

CDU

FRAKTION
BERLIN

Antisemitismus ist ein wachsendes Problem unserer Gesellschaft. Ausgrenzung, Beleidigungen oder anderweitige körperliche oder seelische Angriffe auf Menschen jüdischen Glaubens sind auf das Schärfste zu verurteilen - egal ob auf Schulhöfen unter Kindern und Jugendlichen oder auf dem Pariser Platz im Herzen Berlins. In der deutschen Hauptstadt darf es keinen Platz für Antisemitismus geben. Unsere Pflicht als Demokraten ist es, an diesen Stellen entschlossen Widerstand zu leisten.

Nach Auskünften der Bundesregierung sind im ersten Halbjahr 2017 insgesamt 681 derartige Delikte erfasst und damit 27 Taten mehr (plus 4%) als im Vergleichszeitraum des Vorjahres ermittelt worden. Ebenso stieg die Zahl der Gewaltdelikte (von 14 auf 15) und die Fälle von Volksverhetzung (von 425 auf 434). Im März 2018 wurde berichtet, dass sich in Berlin die Zahl antisemitischer Vorfälle seit 2013 verdoppelt hat. Im Jahr 2017 wurden bei der Polizei 288 antisemitisch motivierte Fälle registriert.

Dabei heißt es, dass über 90% der antisemitischen Taten von Rechtsextremen begangen werden würden. Daran bestehen aber immer mehr Zweifel, wie auch der „Unabhängige Expertenkreis Antisemitismus“ in seinem Bericht an den Deutschen Bundestag deutlich gemacht hat. Die Experten kritisieren, dass fremdenfeindliche und antisemitische Taten grundsätzlich „politisch motivierter Kriminalität Rechts“ zugeordnet werden würde, sofern keine weiteren Spezifika erkennbar seien und die Tatverdächtigen nicht bekannt werden würden. Experten sagen weiterhin, dass die Dunkelziffer voraussichtlich noch viel höher ist. Um dem Problem des Antisemitismus begegnen zu können, braucht es daher eine objektivere Daten- und Faktengrundlage.

Wir fordern den Senat auf, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine sehr detailliertere Erfassung von antisemitischen Vorfällen für das Land Berlin möglich zu machen. Die im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus geförderte Dokumentation ist dauerhaft abzusichern. Im „Berlin-Monitor“ muss deutlich analysiert und dargestellt werden, welche Rolle Antisemitismus bei den Berlinerinnen und Berlinern spielt. Nur durch eine möglichst exakte Datenbasis kann schlagkräftige Präventionsarbeit geleistet werden. Dazu müssen wir wissen, vom wem genau diese Taten ausgehen.

Herausgeber: CDU-Fraktion Berlin

Preußischer Landtag | 10111 Berlin
Tel.: (030) 23 25 - 21 15 | Fax: (030) 23 25 - 27 65